

»Postfaktisch«

von *Frieder Vogelmann*

Die autoritäre Versuchung

Etwas fehlt. Die Wahrheit in der Politik, so heißt es derzeit in der öffentlichen Diskussion, sei abhandengekommen. Viele Bürger_innen – in den USA fast die Hälfte derjenigen, die wählen gingen – hätten keinen Respekt mehr vor unumstößlichen Fakten. Stattdessen nähmen sie nur noch wahr, was ihrer Weltauffassung entspreche, und wenn das nicht gelänge, dann würden die Fakten passend gemacht, notfalls mit skurrilen Verschwörungstheorien, die nun die Medien mit einer gewissen Angstlust aus den geschlossenen Echoräumen herausholen und weitererzählen. Der Begriff »postfaktisch«, seit kurzem zum Wort des Jahres erkoren, fasst diese Zeitdiagnose bündig zusammen: wir leben, so hören wir, im »postfaktischen Zeitalter«.

Die Diagnose ist freilich so unwahr wie gefährlich, weil sie die Beziehung von Politik und Wahrheit verfälscht, die gegenwärtige Sehnsucht nach mehr Autorität verstärkt und die eigentlichen Probleme verdeckt.

Jeden, der uns vom »postfaktischen Zeitalter« spricht, sollten wir zuerst fragen, wann dieses begonnen hat. Brach es mit der Brexit-Kampagne und dem Trump-Wahlkampf an, wie es die Presseerklärung der Gesellschaft für deutsche Sprache nahelegt? Mit den mobilen Massenvernichtungswaffen, die die US-Regierung von George W. Bush zur Begründung des zweiten Irak-Kriegs erfand? Dem NS-Propaganda-Apparat? Oder mit der Dolchstoßlegende, die die deutschen Militärs nach dem Ersten Weltkrieg verbreiteten? Die Rede vom postfaktischen Zeitalter kann ihre Nostalgie für ein faktisches Zeitalter nicht verbergen, das sie mit jedem neuen Datierungsversuch weiter in die Vergangenheit zurück verlegen muss, bis es sich im Nebel eines mythischen Goldenen Zeitalters verliert. Die Beziehung zwischen Politik und Wahrheit lässt sich eben nicht begreifen, wenn man lediglich versucht, das Heute als Bruch mit einer vergangenen Ära aufrichtiger, an Wahrheit orientierter Politik zu verstehen.

Ein »faktisches« Zeitalter hat es so wenig gegeben wie ein postfaktisches – und es wäre auch keineswegs so wünschenswert, wie das Schlagwort »postfaktisch« uns glauben machen will. Hannah Arendt hatte in ihrem Aufsatz „Wahrheit und Politik“ zu bedenken gegeben,^[1] dass wir zwar auf die unvermeidlich despotische Wahrheit angewiesen sind, dass aber demokratische Politik dort endet, wo die Tyrannei der

Wahrheit beginnt. Denn anders als der Austausch von Meinungen, der aller demokratischen Politik als öffentliche Debatte um die kollektive Gestaltung unseres Zusammenlebens zugrunde liegt, sind Wahrheiten weder verhandlungs- noch kompromissfähig: „Die Formen des Denkens und der Mitteilung, die der Wahrheit gelten, werden im politischen Raum notwendigerweise herrschsüchtig“, so Arendt, da sie „anderer Leute Meinung nicht in Betracht [ziehen]“. Doch „in allen Überlegungen das, was andere denken und meinen, mit zu berücksichtigen, ist das Zeichen politischen Denkens“.^[2] Politik ist also dort bereits beendet, wo allein Wahrheiten gelten; statt postfaktischer Politik bekommen wir dann faktische Postpolitik. Als Kehrseite postfaktischer Politik enthüllt sich damit die bekannte Politik der Technokratie.

So ändern sich die Zeiten: Wurde »alternativlos« 2010 auch dank Angela Merkels exzessiven Gebrauchs zum Unwort des Jahres gewählt, krönt die öffentliche Debatte heute »postfaktisch« zum Wort des Jahres – und inthronisiert damit eben auch die wahrheitsfundierte Politik der Alternativlosigkeit als unvermeidliche Kehrseite der Diagnose eines »postfaktischen« Zeitalters.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es keine Gründe gibt, die mit »postfaktisch« so ungenau wie irreführend beschriebenen Probleme ernst zu nehmen. Im Gegenteil – nur sollten wir uns genau überlegen, welche Probleme das sind und in welchen Begriffen wir sie verhandeln wollen. Die Erkenntnis, dass die Diagnose des »postfaktischen« Zeitalters auf den postpolitischen Traum einer alternativlosen Regierungsweise zielt, gibt schon einen wichtigen Hinweis auf das eigentliche Problem. Denn gemeinsam ist denen, deren Verhalten »postfaktisch« geschimpft wird, und denen, die es so schimpfen, die Sehnsucht nach mehr Autorität, nach einer Macht ohne Alternative und ohne abweichende Meinungen, die keinen Dissens berücksichtigen, keine Differenzen verhandeln und keine Unsicherheit aushalten muss. Die Diagnostiker_innen eines »postfaktischen« Zeitalters wie diejenigen, die den Anlass dieser Diagnose liefern, teilen einen gemeinsamen Umgang mit Macht und Ohnmacht: Fantasieren die einen ohnmächtig von einem starken Mann oder – vergessen wir Frankreich und Deutschland nicht! – einer starken Frau, der oder die endlich alle Fremden, alle Andersartigen, alle Meinungsabweichler abschiebt, träumen die anderen davon, diese Ohnmächtigen selbst mit Verweis auf die Wahrheit aus dem politischen Raum sperren zu können, dessen Status Quo sie sich so bequem eingerichtet haben. Beide Male soll die politische Auseinandersetzung auf einen Moment der Vertreibung der jeweils anderen reduziert werden.

Vergessen wir also das Gerede vom »postfaktischen« Zeitalter. Die Probleme mit Trump und seinen Wähler_innen, mit den Brexiteers und ihren Anhängern oder mit den Petrys, Höckes und Gaulands und ihren Pegidisten lassen sich nicht darauf reduzieren, dass sie Wahrheiten ignorieren. Es ist ihr autoritärer Umgang mit Macht und Ohnmacht, der konkret als das zu benennen ist, was er ist: Nationalismus, Rassismus, Sexismus. Wenn wir diese Probleme gelöst haben, dann

können wir gerne auch über Wahrheit in der Politik diskutieren – dann aber bitte ohne Nostalgie für ein mythisches »faktisches« Zeitalter und in all der Komplexität, die der Wahrheit gebührt.

Fußnoten

[1] Hannah Arendt, Wahrheit und Politik, in: dies., Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 1972, S. 44-92.

[2] Ebd., S. 61.